

# Laibacher Zeitung.



Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig 30 K., halbjährig 15 K. Im Kontor: ganzjährig 22 K., halbjährig 11 K. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig 2 K. — Inserationsgebühr: für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 50 h., größere per Zeile 12 h.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 6 h.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Kongressplatz Nr. 2, die Redaktion Dalmatingasse Nr. 10. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Manuskripte nicht zurückgestellt.

## Umtlicher Teil.

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. November d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß dem Geheimen Räte und Sektionschef im Finanzministerium Dr. Wilhelm Freiherrn von Kolbensteiner anlässlich der von demselben erbetenen Versetzung in den dauernden Ruhestand die besondere Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen, hervorragenden und erfolgreichen Wirksamkeit bekanntgegeben werde.

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. November d. J. die Sektionsräte Dr. Richard Reisch und Dr. Ferdinand Wimmer zu Ministerialräten und die Ministerial-Sekretäre Dr. Viktor Schiller und Dr. Oskar Ritter von Fleißner zu Sektionsräten im Finanzministerium allergnädigst zu ernennen und dem Ministerial-Sekretär dieses Ministeriums Dr. Karl Hunka den Titel und Charakter eines Sektionsrates mit Nachsicht der Tage huldvollst zu verleihen geruht.

Den 6. November 1905 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XLIV. Stück der rumänischen, das LXII. Stück der böhmischen, das LXIII. Stück der polnischen und das LXV. Stück der böhmischen Ausgabe des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Nach dem Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 7. November 1905 (Nr. 255) wurde die Weiterverbreitung folgender Preßzeugnisse verboten:  
Nr. 87 „Nová Doba“ vom 1. November 1905.

## Nichtamtlicher Teil.

### Die Wahlrechtsbewegung.

Die Ausschreitungen, deren Schauplatz die Straßen Prags in den letzten Tagen gebildet haben, werden in fast allen Wiener Blättern scharf verurteilt. Die „Neue Freie Presse“ führt aus, daß diese Ereignisse eine schöne Illusion zerflattern lassen, die vielen teuer ist, den Glauben nämlich, daß die par-

lamentarische Volksherrschaft, das Heranziehen der Massen zur Gesetzgebung, die nationalen Probleme zur Seite schieben müsse. Das allgemeine Stimmrecht — das zeigen die aufregenden Vorgänge in Prag — werde Menschen von genau derselben Art ins Parlament bringen, genau so gut und schlecht, wie das beschränkte Stimmrecht. Deshalb kann das allgemeine Stimmrecht in unserem Lande nur österreichisch sein und nur mit nationalen Schutzwehren durchgeführt werden. Schon an seiner Wiege lauert der nationale Haß.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meint dagegen, man habe es in Prag nur mit irregulären Nachzügeln im nationalen Kampfe zu tun gehabt, mit einer Episode in der Wahlrechtsbewegung, die, so wie sie sich herausgestaltet hat, weder theoretisch, noch praktisch, weder ethisch, noch politisch mit dem Wahlrechtskampfe etwas gemein hat.

Die „Zeit“ fordert die Arbeiterschaft auf, Maß zu halten. Dieselbe Mahnung müsse aber auch den Staatsbehörden und insbesondere den Sicherheitsorganen eindringlichst zugerufen werden. Die Regierungserklärungen hätten in weiten Kreisen guten Eindruck gemacht; Baron Gautsch werde wohl die Herren von der Polizei zum Maßhalten zu bewegen wissen.

Das „Fremdenblatt“ will annehmen, es treffe keine politische Partei die Schuld an den Vorfällen in Prag, die für die ganze czechische Nation beschämend seien. Um so rücksichtsloser müssen sie niedergehalten werden.

Das „Neue Wiener Journal“ spricht die Hoffnung aus, daß die politische Reife, die durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht überall eine starke Förderung erfahren habe, schließlich auch in Österreich dazu führen wird, daß sich die Völker besser verstehen als bisher und in der Erhöhung ihres eigenen Kulturzustandes ein besseres Mittel der Stärkung erblicken, als in der Niederhaltung oder Verfolgung einer anderen Nation.

Das „Illustrierte Wiener Extrablatt“ fordert die Regierung auf, dem Prager Aufruhr bei Zeiten den Kopf zu zertreten. Der Sache des allgemeinen Wahlrechts wird damit ein Dienst erwiesen.

Auch die „Österreichische Volkszeitung“ sieht darin, daß es möglich war, eine so durchaus demokratische Veranstaltung, wie eine Wahlrechtskundgebung, zu einer leidenschaftlichen Deutchenheze entarten zu lassen, einen neuen und unwiderleglichen Beweis dafür, daß es nötig sein wird, die Wahlreform mit einer nationalen Schutzwehr zu umgeben.

Das „Vaterland“ meint, es wäre an der Zeit, daß die sozialdemokratischen Führer dem Irrtum, daß die Straße in erster Linie den Arbeitern geböre, endlich entsagen möchten. Die Straße sei Gemeinbesitz, nicht Parteibesitz und jeder, der diesen Charakter der Straße nicht respektiert, stört die öffentliche Ordnung. Durch die Lücken aber, welche die Radikalen in diese Ordnung reißen, schleichen sich regelmäßig noch radikalere Elemente ein, welche auch die Ultradiskalen nicht schonen.

Das „Deutsche Volksblatt“ fordert ein schärferes Vorgehen der Regierung gegen die Sozialdemokraten. Daß der Weg, den die Regierung in den letzten Tagen eingeschlagen hat, nicht der richtige gewesen sei, hätten die Ereignisse in Prag und Wien bewiesen.

Das „Wiener Deutsche Tagblatt“ bemerkt, Baron Gautsch, der sich nun zum allgemeinen Wahlrecht bekenne, müsse jetzt die Mittel angeben, mit denen er die von ihm selbst aufgestellte Verbindung: „Wahrung des nationalen Besitzstandes im Rahmen des neuen Wahlrechts“ erfüllen will. Alle Vorschläge, die bereits verlautbart wurden, leiden unter dem Mangel, daß die Slaven sie ablehnen werden. Die Deutschen dürfen aber nicht mehr in den Fehler verfallen, aus falsch entstandenen „Freisinn“ ihre Nation preiszugeben.

Die „Arbeiterzeitung“ macht Herrn von Gautsch für das Blut verantwortlich, das in den Straßen von Wien und Prag geflossen ist. So bestimmt als möglich müsse es dem Ministerpräsidenten gesagt werden: Wird die Regierung nicht erklären, daß sie dem Abgeordnetenhaus bei seinem Zusammentritt sofort einen Gesetzentwurf vorlegen wird, so kann sie nicht erwarten, daß jemand ihren Worten Zutrauen schenken wird.

## Feuilleton.

### Aus der Asche.

Novellette von G. Gerhards.

(Schluß.)

Zimmer wieder trieb es sie in sein Zimmer. Halb widerwillig spielte sie seine Lieder, und da gingen ihr deren ungeahnte Schönheiten auf. So hatte sie ihn auch als Musiker unterschätzt, ihn vielleicht durch ihre Mißachtung, ihren Spott in der Entwicklung gehemmt?

Die Wochen verrannen, Manuela ward blaß und nervös. Immer klarer kam ihr die bittere Erkenntnis: sie allein trug Schuld am Scheitern ihres Glückes! Zu einem Feiertage hatte sie ihr gemeinsames Leben gestalten können, zu einer wundervollen Harmonie, und es war ein häßlicher Alltag voll greller Dissonanzen geworden!

Wenn sie wieder gut machen könnte! Der Gedanke verließ sie nicht mehr.

Mit Entsetzen las sie eines Tages in den Zeitungen von einem furchtbaren Erdbeben, das ganze sich nach seiner letzten Nachricht nicht ferne jenen Gegenden. Wenn er — von dem Unheil mit betroffen worden!

Am Abend des folgenden Tages hielt sie in ihren bebenden Händen ein Telegramm: „Zhr Gatte bei dem Versuch, Verschüttete zu retten, durch ein neues Erdbeben schwer verletzt. In guter Pflege in Reggio. Dr. Mezzo.“

Reinhart schwer verletzt, vielleicht schon tot! An

dem namenlosen Schmerz, der ihr die Seele zerriß, erkannte sie ihre unsterbliche Liebe für ihn.

Schon der Abendzug trug sie nach dem Süden. O, diese endlose, an Martern reiche Fahrt, auf der ihre erregte Phantasie ihr die schrecklichsten Bilder der Katastrophe, der Reinhart zum Opfer gefallen, malte! Er, der Fremden zu Hilfe geeilt, litt nun selbst vielleicht qualvoll, starb einsam in der Fremde. Und sie hatte Schuld! Sie hatte ihn fortgetrieben, sie war seine Mörderin! Aus dem Geratter der Räder erklang's ihr wie Stöhnen, wie Todesseufzer.

Wie gefoltet ging sie im Korridor auf und nieder, bis die Jungfer sie bewog, sich niederzuliegen, doch der erlösende Schlaf kam nicht. Am Morgen brachte ihr Lena eine Zeitung. Sie las ohne Verständnis, bis plötzlich eine Nachricht aus Wien ihr fieberndes Interesse erregte. Sie lautete: „Gestern wurde hier die erste Oper Reinhart Lutters: „Jungbrunnen“, welche im Frühjahr in München Begeisterung erregte, unter höchstem Beifall gegeben. Man prophezeit dem Komponisten, der sich durch seine Lieder schon einen Namen gemacht, eine große Zukunft.“

Das alles hatte er ihr verschwiegen, weil sie nichts mehr von seinem Schaffen hatte hören wollen! Tief senkte sie ihr Haupt. Ihre Schuld war riesengroß; gab's dafür ein Verzeihen?

Zimmer weiter, immer weiter raft der Zug. Der Zauber des Südens fesselt die Blicke der Reisenden; nur Manuela sieht nicht die Vorbeer- und Orangenhaine, die Blumen, Felder, Gebirge und Meer. Aber nun erreichen sie die Unglücksstätten, und da erhebt ihr Herz in Leid um die Armsten, die hier glücklich waren und untergehen mußten, deren Heimat verwüstet, zerstört!

Die Angst schnürt ihr die Brust zusammen. Wird sie Reinhart noch lebend finden? Zuletzt geht es im Wagen durch einst lachende Landschaften. Jetzt — überall Zeichen des Verfalls! —

Endlich ist sie am Ziel. Vor dem Häuschen, das man ihr bezeichnet, stockt ihr Fuß. Alle Fenster sind geöffnet — sicher ist er tot! Zu spät kommt ihre Reue, ihr Schmerz, ihre Liebe!

Ungelesen tritt die blasse Frau ein, öffnet die Zimmertüre, und ein erlösender Seufzer entgleitet ihren Lippen. Der Mann da in den Rissen ist schwerkrank, aber nicht tot! Sie stürzt zu seinem Lager, küßt seine Hände, badet sie mit ihren Tränen. Er ist nicht bei Bewußtsein, aber seine Lippen formen den Rosenamen: „Manuelita!“ Da weiß sie, er vergaß sie nie.

Und mit einer Kraft, die sie selbst nicht in sich geahnt, pflegt sie ihn Tag und Nacht, ringt ihn dem Tode ab. Es kommt eine Stunde, da er sie erkennt.

„Manuela, du bist bei mir? Ich fühlte deine Nähe, du zogst mich zurück von jenen dunkeln Toren, zu denen meine Seele eilte.“

„Vergib, was ich dir angetan und — schenke mir wieder deine Liebe!“

„Zimmer blieb sie dein! Und ich weiß es, auch deine Liebe starb nicht, sie war nur verschüttet wie dieses herrliche Land.“

„Doch aus der Asche ist sie reiner, stärker hervorgegangen“, fiel sie ein. „O, Reinhart, jeder Tag soll es dir beweisen!“

„So laß uns ein neues Leben beginnen, Nachsicht miteinander üben, gemeinsam der Vollendung zustreben. Dann erst ist unser das echte Glück!“

**Politische Uebersicht.**

Laibach, 8. November.

Aus Zara wird gemeldet: Der Kroatklub des dalmatinischen Landtages hat in seiner gestrigen Sitzung zur Humaner Entschliebung Stellung genommen und ihr zugestimmt. Der Klub erklärte die Entschliebung für die Grundlage weiterer Arbeit auf dem Wege zur Erreichung des kroatisch-dalmatinischen Ideals, der Angliederung Dalmatiens an Kroatien. Die kroatischen Reichsratsabgeordneten Bianchini, Ferri und Buković, die bisher nicht unterschrieben hatten, sind nun der Entschliebung beigetreten.

Wie man aus Budapest meldet, veröffentlicht der „Magyar Nemzet“ ein Communiqué, in welchem ausgeführt wird, daß es der Koalition bisher nicht gelungen ist, ihre Forderung bezüglich der Kommandosprache durchzusetzen, weil der maßgebende gesellschaftliche Faktor rein aus Rücksicht auf die militärische Schlagfertigkeit auf der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes besteht. Der „Nemzet“ richtet sodann einen warmen Appell an die Koalition, sich dieser Einsicht nicht zu verschließen und von der außerordentlich schädlichen, volksbetörenden Agitation abzulassen. Es sei höchst bedauerlich, daß die Koalition die Bevölkerung in den Wahn hineinzieht, als könnten weitere Konzessionen der Krone abgetrotzt werden, wodurch die Bevölkerung von den wahren, dringlichen Staatsbedürfnissen abgelenkt und die Tätigkeit des Kabinetts Fejervary erschwert wird, das aus lautersten patriotischen Gründen die Verwaltung des Landes führt und eine ruhige parlamentarische Entwirrung anstrebt.

Aus London, 7. November, wird gemeldet: Bei dem zu Ehren des Marquis of Lansdowne anlässlich des Abschlusses des neuen Vertrages mit Japan veranstalteten Festmahle betonte Lansdowne die Notwendigkeit, die auswärtige Politik von der Parteipolitik zu trennen. Die auswärtige Politik müsse eine kontinuierliche sein. In Japan habe England einen Verbündeten gewonnen, auf den es stolz sein dürfe. Der allererste Zweck sei die Erhaltung des Friedens, und wenn England und Japan den Frieden im fernen Osten wünschen, so wird er nicht gebrochen werden. Der zweite Zweck des Bündnisses sei die Erhaltung der Integrität Chinas und des Prinzips der offenen Tür. Der dritte Zweck sei die gegenseitige Verteidigung gegen Angriffe, die man nicht provoziert habe. — Der Redner wies dann auf den Wert der englisch-französischen Entente für die zukünftige Stellung der beiden Mächte hin und erklärte, daß weder in dem Einvernehmen mit Japan, noch in dem mit Frankreich irgend welche Absicht liege, die Rechte anderer Länder zu beeinträchtigen. Wenn eine andere Macht gewillt sei, mit England ein ähnliches Abkommen abzuschließen, so sei England ebenfalls dazu bereit, vorausgesetzt, daß nichts geschehe, was Englands Freundschaft mit Frankreich und Japan beeinträchtigt.

**Tagesneuigkeiten.**

(Die Frau Maier.) Frau Kornelia, eine wegen ihrer witzigen Einfälle bekannte Frau, deren Familienname nur insofern etwas zur Sache tut, als er in keiner der möglichen Schreibungen Maier lautet, sitzt bei ihrem gewohnten Spaziergange auf einer Bank des Stadtparkes. Eine Frau, die sie nicht kennt, setzt sich neben sie auf die Bank. Sie fängt ein Gespräch an und nennt dabei unsere Kornelia wiederholt Frau von Maier. Diese läßt sich das ruhig gefallen, man plaudert eine Weile gemütlich und dann erhebt sich Frau Kornelia mit einem „Guten Tag, Frau Maier!“ — „Ichuldigen“, bemerkte die andere, — „ich heiße gar nicht Maier.“ — „Ach auch nicht,“ — erwiderte Kornelia und ging mit stolzen Schritten weiter.

(Heirat in den Lüften.) Die Amerikaner, die sich oft durch die sonderbaren Sitten beim Eheschluß auszeichnen, sind weit übertrumpft worden, und zwar von ihren neuen Untertanen auf den Philippinen, den Negritos von der Insel Mindanao. Wenn zwei Eingeborene aus dem Inneren der Insel eine regelrechte Ehe eingehen wollen, begeben sich die Eltern des Brautpaares auf die Suche nach zwei jungen Palmbäumen, die recht schön gerade sind, eine glatte Rinde haben, von der gleichen Größe sind und genügend nahe nebeneinander stehen. Wenn sie die gewünschten Bäume gefunden haben, benachrichtigen sie die Verlobten, die sich an dem zur Hochzeit vorherbestimmten Tage mit den Hochzeitsgästen zu den beiden Palmen begeben. Auf das von einem der Anwesenden, der die Rolle des Standesbeamten spielt, gegebene Zeichen, beginnen Braut und Bräutigam methodisch jedes auf seinen Baum zu klettern. Ist der junge Mann bis zum Wipfel gekommen, so

streckt er den Arm aus und sucht den Wipfel des benachbarten Baumes zu erreichen, bis er mit seiner Stirn die Stirn seiner Braut berühren kann, die ihrerseits alles Mögliche tut, um den Kontakt zu erleichtern. Sobald die Berührung von den Hochzeitsgästen konstatiert ist, erklärt der Leiter der Zeremonie feierlich den Vollzug der Heirat. Diese Verzögerung in den Lüften hindert die Negritos durchaus nicht, sich später von einem katholischen Mönch einsegnen zu lassen — die Negritos gelten als zum Christentum bekehrt — aber die Berührung mit der Stirn in den Lüften macht für sie allein die Gültigkeit der Verbindung aus.

(Journalistische Rekordleistung.) Der „Intransigeant“, das Blatt Rocheforts, wird jetzt Abendblatt; aus diesem Grunde hat man berechnet, wie viele Bände die Artikel Rocheforts wohl füllen würden. Seit fünfzig Jahren ist der bekannte Pamphletist ständiger Mitarbeiter des „Intransigeant“, und er hat in dieser Zeit in seinem Blatte eine Riesearbeit geleistet. Die „Tagesleistung“ Rocheforts wird auf 150 Zeilen geschätzt, was auf das Jahr 54.750 Zeilen und während seiner schriftstellerischen Laufbahn 2,737.500 Zeilen ausmacht. Diese Zeilenzahl würde 300 Bände gewöhnlichen Formats füllen. Es gibt nicht viele Schriftsteller, die eine so große Bibliothek gefüllt haben. Ein bekanntes Beispiel ist Alexander Dumas, der 300 Bände geschrieben und veröffentlicht hat. Da jeder Artikel Rocheforts eine durchschnittliche Länge von 70 Zentimeter hat, würden alle diese untereinandergelegten Papiere eine Länge von 13.225 Kilometer ergeben. Jede Zeile mißt 7 Zentimeter, so daß die nebeneinandergelegten Zeilen ein schmales Band von 188.850 Kilometer Länge ergeben würden.

(Verechttigte Hoffnung.) Ein Alto-naer Lehrer erhielt folgenden Entschuldigungsbrief: „Geerte Herr Lehrer. Mitt diese Zeilen bitte ich um Entschuldigung da ich Ludwig so nötig diese Tagen hab brauchen müssen da ich ein Kräftigen Sohn Geboren habe in der Hoffnung das sie das nich übel nehmen mögten Frau . . .“

**Total- und Provinzial-Nachrichten.**

**Laibacher Gemeinderat.**

(Schluß.)

Gemeinderat Subic berichtete über die Errichtung einer Bürgerschule in Laibach, welche in der Weise bewerkstelligt werden soll, daß die achtklassige zweite städtische Knabenvolksschule an der Zoisstraße geteilt werde; die unteren fünf Klassen sollen als Knabenvolksschule fortbestehen, die oberen drei Klassen aber als Bürgerschule eingerichtet werden; beide Schulen sollten unter einer gemeinsamen Leitung stehen. Der Referent beantragte die Genehmigung des von der Schulbehörde entworfenen Normativs, hingegen die Ablehnung der beantragten Errichtung einer sechsten Klasse an den städtischen Knabenvolksschulen, da für eine solche Einrichtung ein Bedürfnis nicht vorliege. Die Feststellung der Bezüge der Bürgerschullehrer solle dem Landtage überlassen bleiben, welcher sich ohnedies mit der Regelung der Bezüge der Lehrerschaft zu befassen haben wird.

Gemeinderat Dimnik sprach seine Befriedigung über die beantragten Vorschläge aus und wies auf die große Bedeutung der Bürgerschulen für Handel und Gewerbe hin. Andere Länder besitzen bereits ein entwickeltes Bürgerschulwesen, in Krain aber existiere eine einzige Bürgerschule und auch diese sei der Initiative und Fürsorge einer Privatperson zu verdanken. In dieser Hinsicht müsse Wandel geschaffen und dem Bürgerschulwesen auch in Krain größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Bezüglich der Leitung der für Laibach in Aussicht genommenen Bürgerschule sprach sich Redner dahin aus, daß die Volksschule von der Bürgerschule vollständig zu trennen wäre; sollte dies jedoch nicht möglich sein, dann wäre wenigstens dem vielbeschäftigten Schulleiter ein Supplent beizugeben.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Referenten mit dem Zusatzantrage des Gemeinderates Dimnik zum Beschlusse erhoben.

Der Bericht über die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr- und Rettungsgesellschaft für das dritte Quartal 1905 wurde zur Kenntnis genommen und mehrere Dotationsrechnungen der städtischen Volksschulen ohne Einwendung genehmigt.

Vor Schluß der öffentlichen Sitzung stellte Gemeinderat Turk an den Bürgermeister die Anfrage, in welchem Stadium sich die versprochene Wahlreform für den Laibacher Gemeinderat befinde.

Bürgermeister Sribar erwiderte, daß sich der bezügliche umfangreiche Bericht in Druck befinde und noch im Laufe dieser Woche den Gemeinderäten zugehen werde. Was er versprochen, werde er auch ohne

Drängen ausführen. Die Verhandlungen im Ausschusse sowohl wie im Plenum dürften sich jedoch in die Länge ziehen, da ein solches Werk nicht überstürzt werden dürfe.

Nach Erschöpfung der Tagesordnung wurde sodann die öffentliche Sitzung um 7 Uhr abends geschlossen.

**Krainischer Landtag.**

Vierte Sitzung am 7. November 1905.

(Schluß.)

Nach erfolgter Räumung der Galerie setzt Abg. Dr. Sustersic seine Rede fort. Das Bild, das die gegeneinander demonstrierenden Galerien geboten haben, sei das Bild der entzweiten Nation, dessen sich die Herren vom Großgrundbesitze freuen können. Das seien die Folgen der Verhegung. Die fortschrittlich-nationale Partei beschimpfe die Kirche, ihr Presorgan habe Papst Leo XIII. einen Auswurf der Menschheit genannt. Die Großgrundbesitzer haben die Maske abgeworfen und den Kanzelparagraphen verlangt, den nicht einmal Frankreich kenne. (Zustimmung links.) Aber wir werden den Baronen dies vergelten. Das Landvolk soll erfahren, was für Leute in den Schlössern leben. (Der Landeshauptmann ermahnt den Redner zur Mäßigung.) Ja, in gesellschaftlichen Schranken werden wir es Ihnen vergelten! — Man wolle einen Kanzelparagraphen, weil die national-fortschrittliche Partei im Rückgange begriffen sei, weil ihr die geistige und moralische Gewalt der katholischen Kirche entgegenstehe. Diese aber sei unüberwindlich. Wir verlangen eine ideale Freiheit für die Kirche, damit sie ihren erhabenen Beruf ganz ausüben könne. Wenn wir unserer Partei einen konfessionellen Namen gaben, so sind Sie daran schuld. Es liegt nur in Ihrer Hand, wann der konfessionelle Kampf aufhören soll. Bisher sei ein modus vivendi unmöglich; es könnte sich zuletzt ereignen, daß die Galerie nicht von einem slovenischen Landeshauptmann, sondern von einem fremden geleert würde. — Mit dem Abg. Sribar erklärt sich Redner in betreff der Bemerkung über die Alphabete einverstanden, während er, zum Abg. Dr. Tavcar gewendet, erklärt, daß dieser nur an Champagner und an Zeier sein Wohlgefallen finde. (Protestruf des Abg. Dr. Tavcar.) Wenn Sie beleidigt sind, so nehme ich den Champagner zurück. Die katholisch-nationale Partei, die sich für den Pfarrer Berce engagiere, möge sich vorerst über ihn informieren; für die verleitete Bevölkerung werde die katholisch-nationale Partei alles tun, um sie nicht unschuldig verurteilen zu lassen. — Den Wahlreformantrag habe die national-fortschrittliche Partei nur aus taktischen Gründen eingebracht, damit etwas von dem gegenwärtig herrschenden Winde auch in ihren Hut aufgefangen werde. — In betreff der Bemerkung des Abg. Dr. Tavcar, warum denn die Partei nicht im Reichsrate, wohl aber im Landtage obstruiere, erklärt Abg. Dr. Sustersic, daß sie eben dort obstruiere, wo sie hierzu die genügende Macht habe. Wozu sollte sie übrigens im Reichsrate obstruieren, wo die Regierung selbst einen Wahlreformantrag einzubringen beabsichtige? — Die Bürgerschaft würde durch die Wahlreform in politischer Beziehung nur an Ansehen gewinnen und die auf Letargie beruhende politische Richtung würde aus ihm verschwinden. Abg. Dr. Tavcar nehme nur auf seine Partei, nicht aber auf den Nutzen des ganzen slovenischen Volkes Rücksicht. Es ereignen sich manchmal historische Momente, wo es sich um ein gemeinsames Haus, nicht aber um den Vorteil einer Partei handle; heute stehe man vor einem solchen Augenblicke. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht werde dem Volke eine größere politische Gewalt geben, als es heute besitze. — Die Majoritätspartei wisse noch heute nicht, daß die Partei des Redners nicht konservativ, sondern radikal demokratisch sei. Es sei nicht richtig, daß sie in politischer Beziehung vom Bischofe kommandiert werde; Redner als katholischer Laie müsse erklären, daß er sich vor dem Bischof in kirchlicher Beziehung beuge, wenn aber der Bischof in die politische Taktik eingreifen wollte, so würde ihm die katholisch-nationale Partei nicht willfährig erweisen. Ihre Taktik werde nur von ihren Organen bestimmt. — Man brauche nicht zu glauben, daß es sich in dem demokratischen parlamentarischen Kampfe bloß um ein Geplänkel handle. Es sei dies ein Kampf, der seine Spuren auf Jahrhunderte hinaus im Volk zurücklassen werde. Die Partei freue sich noch im brechenden Morgens; die Gegenpartei lebe noch in der Erinnerung an den vergnügten Festabend; die katholisch-nationale Partei stehe draussen im Sommer freier Natur und freue sich der aufgehenden Sonne; die ihre Strahlen ins Herz des ärmsten Mannes senden und in schöneren Tagen in Österreich glücklichere Völker als bisher bescheinen werde. (Beifall links.)

Abg. Gribar verwahrt sich gegen die vom Abg. Sustersic ausgesprochene Verdächtigung, daß er den Dringlichkeitsantrag, betreffend das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Reichsrat, nur aus taktischen Gründen eingebracht habe. Dies könne aus den Worten des Abg. Dr. Tavcar nicht gefolgert werden; dieser habe nur erklärt, daß die geänderten Verhältnisse die Hoffnung auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für den Reichsrat berechtigen. Niemand könne der national-fortschrittlichen Partei den Vorwurf machen, daß sie nicht gut slovenisch gefinnt sei; in der Journalistik mögen solche Vorwürfe immerhin erhoben werden, aber in ernster politischer Debatte gehe dies nicht an. Redner sei immer für eine slovenische Politik eingetreten; eine andere Frage aber sei es, wo diese Politik erfolgreich verfolgt werden könne. Im Landtage habe es vor Jahren schon scharfe Debatten darüber gegeben, aber man habe nichts erreicht und werde auch nichts erreichen. Ein solches Auftreten habe einen augenblicklichen moralischen Erfolg, aber für eine groß konzipierte südslavische Politik sei nur der Reichsrat berufen, wo sich alle slavischen Abgeordneten dazu vereinigen sollen. — Dem Abg. Luchmann gegenüber betont Redner, es gehe nicht an, jemandem zu sagen, er sei kein guter Patriot, wenn er für Änderungen in Österreich eingenommen sei; an die eventuelle Vereinigung der Slovenen mit den Kroaten werde selbstverständlich nur unter dem Szepter der habsburgischen Dynastie gedacht. — Abg. Dr. Kref habe viel mehr von Philosophie als vom allgemeinen und gleichen Wahlrechte gesprochen. Mehr als wir scheine ihn Abg. Demsar verstanden zu haben. (Heiterkeit rechts.) Für Dr. Kref wäre es besser, auch als Redner Abstinenz zu sein. In der Politik gebe es übrigens andere Komponenten als die Philosophie. Sehr bequem sei es, für den Bischof das Recht in Anspruch zu nehmen, inwiefern die Geistlichkeit von der Kanzel aus politische Fragen erörtern dürfe. In zwei von Slovenen bewohnten Diözesen gebe es einen Bischof, der des Slovenischen nicht mächtig sei; ein anderer könne nur einige slovenische Sätze sprechen; sollten solche Bischöfe entscheiden? — Bei den letzten Wahlen sei das Allerheiligste ausgestellt worden — sei dies nicht ein Mißbrauch der Kirche? Die Kirche aber sei keine juridische Person, die agitieren dürfte. Sie möge sich wehren, aber außerhalb der Kirchen. Wie weit der Mißbrauch gehe, sei aus den Vorfällen in Grafenbrunn ersichtlich, wo ein Kaplan am 29. Oktober seine Predigt mit den Worten eingeleitet habe: „Selig sind die, die um der Gerechtigkeit willen Verfolgung leiden, denn ihrer ist das Himmelreich.“ Damit habe er dem Abg. Kref in der Verdächtigung des Richterstandes präliediert. (Es entspinnt sich eine erregte Kontroverse über die jüngste Gerichtsverhandlung in der Affäre Grafenbrunn, wobei Abg. Dr. Sustersic die Haltung des Präsidenten des Gerichtshofes als unerhört, als infam bezeichnet.) Abg. Dr. Kref habe erklärt, daß das Volk viel lese und auch unter den Zeitschriften zu unterscheiden wisse. Wozu denn dann die Hirtenbriefe gegen den „Slov. Narod“? — Abg. Graf Barbo habe nach Form und Inhalt vollendet gesprochen, gleichzeitig aber gezeigt, daß er sich von den alten Privilegien nicht emanzipieren könne; Abg. Luchmann habe jenen Ton gebraucht, in dem er in der Handels- und Gewerbekammer seine Reden halte. Die Deutschen hätten die Kultur im Zeichen der Sklaverei gebracht, aber die Slovenen haben ihre eigene Kultur. Verdienste um die Kultur habe nur jener, der für sie empfänglich sei. Die deutsche Staatsprache sei unmöglich. — Dem Abg. Arko gegenüber konstatiert Redner, daß im Landtage nur solche Abgeordnete sitzen, die die Geistlichkeit haben wollte. Beim Leichenbegängnisse des Pfarrers Malensek habe sich wohl das Volk, nicht aber auch der Bischof beteiligt. Wenn in irgendeinem Verzine Taktlosigkeiten vorkämen, so sei dafür nicht die ganze Partei verantwortlich zu machen. Warum sei es gegenwärtig anders als zur Zeit des Bischofs Bogacar? — Wenn Abg. Dr. Schweizer die national-fortschrittliche Partei als agrarfeindlich bezeichnete, so habe er stark übertrieben; unter den Bewohnern unserer Städte gebe es viele Bauern. — Die Bürgerschaft habe sich viele Verdienste um die politische und nationale Entwicklung erworben. Die Sozialdemokraten werden voraussichtlich nicht auf dem Standpunkte wie bei den letzten Wahlen in Zdrja verharren. — Abg. Dr. Sustersic müsse als katholischer Politiker stets auf die Hierarchie Bedacht nehmen. (Widerpruch seitens des Abg. Dr. Sustersic.) — Ein südslavischer Staat werde nicht hier und auch nicht im Reichsrat geschaffen werden; dazu würden außerordentliche Ereignisse beitragen; eine groß konzipierte slavische Politik aber sei im Reichsrat wohl möglich. — Redner präzisiert die Koalition mit dem deutschen Großgrundbesitzer dahin, daß in den Landesauschüssen aus dem ganzen Hause ein Vertreter der national-fortschrittlichen, in den Landesräthen

ein Vertreter des Großgrundbesitzes entsendet und daß die Subventionierung der beiden Theater garantiert werde; sonst haben beide Parteien freie Hand. Hätten Sie vor zehn Jahren solche Vertragspunkte? (Abg. Dr. Sustersic: Wir hatten mit den Deutschen überhaupt keine!) — Redner schließt mit den Worten, daß seine Partei Freiheit auch bei den Wahlen haben wolle. Die Geistlichkeit sei ein privilegierter Stand; jeder Mißbrauch der Kirche müsse ihm verwehrt werden. (Beifall rechts.)

Hiermit ist die Debatte über die beiden Dringlichkeitsanträge abgeschlossen. Es folgen tatsächliche Berichtigungen.

Landespräsident Schwarz weist die Angriffe auf den Richterstand, Landeshauptmann Edler von Detela jene auf den Landesauschuß, betreffend die Beeinflussung der Wahlen, zurück.

Abg. Kovse erklärt, die katholisch-nationale Partei habe niemals eine Koalition mit den Großgrundbesitzern abgeschlossen, sondern habe sie abgelehnt.

Abg. Graf Barbo konstatiert, daß sich die Partei des Großgrundbesitzes aus zwei Gründen mit der national-fortschrittlichen Partei koalitiert habe: erstens seien die Abgeordneten der katholisch-nationalen Partei nicht patentierte Vertreter des Bauernstandes, sondern, wie die Debatte bewiesen habe, der Arbeiterlassen, zweitens seien die Großgrundbesitzer durch diese Verhinderung niemals daran gehindert worden, für die Interessen der Landbevölkerung einzutreten. Abg. Graf Barbo konstatiert weiters, daß die Obstruktion im Reichsrat in dem Augenblicke eingefügt habe, als die Vertreter der 5. Kurie dort eingezogen seien.

Abg. Luchmann stellt fest, daß die Obstruktion tatsächlich fünf Jahre dauere, denn seit 1901 sei kein Voranschlag genehmigt worden.

Die Dringlichkeit der beiden Dringlichkeitsanträge wird angenommen und nach Ablehnung des Antrages des Abg. Seiner Exzellenz des Freiherrn von Schwegel, wonach über den Antrag des Abg. Gribar getrennt abzustimmen wäre, mit den Stimmen der Abgeordneten der beiden slovenischen Parteien dem Verfassungsausschuß zugewiesen. Der Antrag der katholisch-nationalen Partei, wonach bis zur Fertigstellung des Berichtes des Verfassungsausschusses über die Wahlreform keine Sitzung einzuberufen wäre, wird abgelehnt.

Landespräsident Schwarz beantwortet die Interpellation, betreffend die Affäre von Zeier.

#### Fünfte Sitzung am 8. November 1905.

Vorsitzender: Landeshauptmann Otto Edler von Detela.

Regierungsvertreter: k. k. Landespräsident Theodor Schwarz und k. k. Bezirkshauptmann Wilhelm Saaß.

Schriftführer: Landessekretär Franz Uršic.

Das Protokoll der vierten Sitzung wird in deutscher Sprache verlesen. Abg. Dr. Sustersic protestiert gegen die Verlesung des in deutscher Sprache abgefaßten Protokolles. Die deutschen Protokolle seien nur eine große Kulanz gegenüber der deutschen Partei in diesem Hause, aber es sei kein Grund vorhanden, den deutschen Grafen und Baronen noch weiter solche Komplimente zu machen. In Steiermark und Kärnten werden die Protokolle ausschließlich in deutscher Sprache geschrieben, und doch sei in diesen Ländern das slovenische Element viel stärker als das deutsche Element in Krain vertreten. Da sei also eine gesunde Resorption der Politik vollständig am Platze. Überdies sei der bisherige Modus procedendi auch mit Rücksicht auf das numerische Verhältnis zwischen der slovenischen und deutschen Bevölkerung im Lande ungerechtfertigt; es könnte höchstens auf jedes 20. slovenische Protokoll einmal ein deutsches Protokoll kommen. Redner stellt namens der katholischen Partei den Antrag, daß das deutsche Protokoll nicht genehmigt werde und daß das Protokoll in slovenischer Sprache zur Verlesung zu gelangen habe.

Abg. Freih. v. Schwegel bemerkt, es sei seit dem Bestande des Landtages üblich gewesen, die Protokolle in beiden Sprachen, deren Gleichberechtigung bei jedem Anlasse anerkannt worden sei, zur Verlesung zu bringen. Jede Änderung in dieser Hinsicht müßte zu unliebsamen Konsequenzen führen.

Abg. Gribar meint, der von Dr. Sustersic eingebrachte Antrag sei entweder als ein Dringlichkeits- oder als ein selbständiger Antrag zu behandeln; er müsse also dem zuständigen Ausschusse zugewiesen werden.

Abg. Dr. Sustersic erklärt, die Abgeordneten der national-fortschrittlichen Partei hätten offen erklären sollen, daß sie infolge ihres Bündnisses mit den Gesinnungsgenossen des Freiherrn von Schwegel nicht für seinen Antrag stimmen können. Dieser

sei kein Dringlichkeits-, aber auch kein selbständiger Antrag, sondern er entspreche dem § 12 der Geschäftsordnung, wonach jedem Abgeordneten das Recht zustehe, eine Richtigstellung des Sitzungsprotokolles zu verlangen. Die national-fortschrittliche Partei müßte, falls sie für den Antrag nicht stimme, für die Fortsetzung des Unrechtes verantwortlich gemacht werden.

Abg. Gribar verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß seine Partei aus Gründen der Koalition mit dem Großgrundbesitzer nicht für den Antrag stimmen könne. Die Partei habe in nationalen Fragen vollkommen freie Hand, sie sei auch prinzipiell für den Antrag des Abg. Dr. Sustersic, allein dieser protestiere nur gegen die Form des Sitzungsprotokolles, nicht gegen den Inhalt. Er bezwecke keine Richtigstellung, sondern eine Änderung des § 12; Abg. Dr. Sustersic möge daher den Antrag als Dringlichkeitsantrag einbringen, dann werde die national-fortschrittliche Partei dafür stimmen.

Abg. Dr. Kref bezeichnet die deutschen Protokolle als dem Geiste des § 23 der Geschäftsordnung widersprechend. Diesem Paragrafen zufolge müssen die Protokolle der Landesauschüsse jedem Landtagsabgeordneten zur Einsicht freistehen; sie müssen also in einer Sprache abgefaßt sein, die auch die des Deutschen unkundigen Landtagsabgeordneten verstehen. Auf die Bemerkung des Abg. Freiherrn von Schwegel reagierend, daß das bisherige Einvernehmen gewahrt werden müsse, erklärt Redner, daß infolge der Haltung der Großgrundbesitzer in der Frage der Wahlreform fernerhin jedes Einvernehmen zwischen der katholisch-nationalen Partei und dem Großgrundbesitzer ganz ausgeschlossen sei. (Beifall links.)

Abg. Gribar erklärt nun, in Anbetracht der Wichtigkeit der Frage, daß er den Antrag als Dringlichkeitsantrag einbringe, und, weil dessen Dringlichkeit bereits begründet sei, beantrage, ihn dem Verfassungsausschuße zuzuweisen.

Abg. Dr. Sustersic kehrt sich gegen die Auffassung, als ob man es mit keiner Richtigstellung des Protokolles zu tun hätte. Was würde denn geschehen, falls das Protokoll in irgendeiner fremden Sprache verfaßt wäre? Den Antrag als Dringlichkeitsantrag zu behandeln, sei nicht möglich, da er ja doch hätte schriftlich eingebracht und von wenigstens fünf Abgeordneten unterstützt werden müssen. Ferner käme er als Dringlichkeitsantrag erst nach allen übrigen Dringlichkeitsanträgen zur Verhandlung. Wenn Abg. Gribar darauf bestehe, so sei der Verdacht nicht ungerechtfertigt, daß er die Angelegenheit nur ad calendae graecas verschleppen wolle. Der Landeshauptmann habe die Verpflichtung, den vom Redner (Dr. Sustersic) eingebrachten Antrag zur Abstimmung zu bringen. Wie die Deutschnationalen in Steiermark und Kärnten der Eindrittelminorität der Slovenen gegenüber vorgehen, so haben auch wir das Recht vorzugehen, zumal wir 95 % slovenischer Bevölkerung gegen 5 % deutscher Bevölkerung vertreten. (Lauter Beifall links.)

Abg. Freiherr von Schwegel appelliert nochmals an die Gerechtigkeit des Hauses, wird aber durch heftige Protestrufe der katholisch-nationalen Partei unterbrochen. Wenn Sie einen von der bisherigen Übung abweichenden Vorgang beschließen, so haben Sie nur dem Grundsatze gehuldigt, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Kampf gegen die Deutschen aufgenommen werden soll. (Dr. Sustersic: „Gegen den Großgrundbesitzer!“) Auch dies sei ungerecht. — Redner bedauert, daß von der linken Seite des Hauses erklärt wurde, ein einträchtiges Vorgehen sei künftighin unmöglich. Die Partei übernehme die Verantwortlichkeit dafür (Zwischenrufe); man möge nicht die letzten Reste der Gleichberechtigung vernichten. (Lauter Widerspruch, verschiedene Zwischenrufe.)

Abg. Gribar sagt, die national-fortschrittliche Partei werde, da der Antrag tatsächlich nicht als Dringlichkeitsantrag zu behandeln sei, für diesen Antrag stimmen (Beifall links), aber sie hätte jedenfalls gewünscht, daß die Angelegenheit mit den Vertretern der katholisch-nationalen Partei durchberaten worden wäre.

Der Antrag des Abg. Dr. Sustersic wird in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der beiden slovenischen Parteien gegen die Stimmen der Großgrundbesitzer angenommen, worauf der Schriftführer, Landessekretär Uršic, das Protokoll der letzten Sitzung in slovenischer Sprache verliest. (Zivio! auf der Galerie.)

Abg. Dr. Sustersic stellt an den Landeshauptmann die Anfrage, warum sich der Verfassungsausschuß noch nicht konstituiert habe und ob der Landeshauptmann diesem Ausschusse Gelegenheit geben wolle, die Angelegenheit auch tatsächlich als dringlich zu erledigen.

Der Landeshauptmann konstatiert, daß sich der Verfassungsausschuß aus dem Grunde nicht konstituiert hat, weil ja bis gestern die Dringlichkeit der Wahlreform nicht anerkannt wurde; der Ausschuß könne sich übrigens sofort konstituieren, zu welchem Zwecke er die Sitzung unterbrechen wolle; auch werde er dem Verfassungsausschusse durch zweckmäßige Anordnung der Plenarsitzungen Gelegenheit zur Lösung seiner wichtigen Aufgabe bieten.

Zum Obmann des Verfassungsausschusses wird Abg. Franz Arko, zu dessen Stellvertreter Abg. Ritter von Schoeppl gewählt. Da es sich indessen herausstellt, daß dieser Abgeordnete nicht Mitglied des Verfassungsausschusses ist, so erklärt Abg. Doktor Sustersic, daß der Ausschuß in der ersten Sitzung den Obmann-Stellvertreter wählen könne.

Die erste Sitzung des Verfassungsausschusses wird vom Landeshauptmann auf Donnerstag, den 9. d. M., nachmittags, anberaumt.

Abg. Sribar begründet seinen Dringlichkeitsantrag, betreffend die Aufbesserung der Dienstbezüge der Lehrpersonen an Volksschulen. Es handle sich um den Bestand eines ganzen Standes, dem für das Volk die größten Verdienste zukommen, dem aber bisher seitens der Landesvertretung kein Dank zuteil geworden. Der Landtag habe für alles Geld gehabt, nur für die Volksschullehrerschaft nicht. Vielleicht wollte man deren traurige Lage dem Umstande zuschreiben, daß der Landtag schon drei Jahre nicht funktioniere; allein er hätte schon früher die Verbesserung durchberaten können. Man habe allerdings hier und da einige Brojamen fallen lassen, aber niemals habe man sich entschlossen, die Verhältnisse gründlich zu bessern, obwohl man habe annehmen können, daß die Lehrerschaft so lange an die Tür klopfen werde, bis man ihr aufmache. Soll etwa die traurige Lage der Lehrerschaft geschildert werden? Dalmatien ausgenommen, seien die Volksschullehrer nirgends so schlecht wie gerade in Krain gezahlt, und selbst in Dalmatien können sie infolge der höheren Quinquennien zu besseren Bezügen gelangen. Wie soll der Lehrer mit 1000 oder 1600 K auskommen, welche Dienstbezüge in den zwei niedersten Gehaltsklassen normiert sind? Das Quartiergeld für Lehrer in Laibach beträgt 360, für Lehrerinnen 200 K; wie könne man da angesichts der Wohnungsteuerung auskommen, zumal wenn ein Lehrer mit reichlicher Familie gesegnet sei? Die Lehrer seien daher gezwungen, in dumpfen Räumen zu wohnen, die die Gesundheit der Kinder schädlich beeinflussen. Dazu komme noch die Lebensmittelsteuerung. Wenn die Kinder teilweise aufwachsen, so sei der Lehrer gezwungen, sie in die Schule zu schicken; dabei müsse er sich die Bissen vom Munde absparen. Schon aus humanitären Rücksichten müsse also diesen Verhältnissen ein Ende gemacht werden. Aber auch die der Lehrerschaft auferlegten Pflichten — und deren seien es nicht wenige — sprechen dafür. Es gebe keinen Stand, der so sehr beaufsichtigt würde wie der Lehrerstand; indessen gebe es in der Gesetzgebung eine große Lücke dort, wo es sich um die Verbesserung der materiellen Lage handle, nicht aber dort, wo die Lehrer unter Aufsicht zu stellen seien. (Zustimmung.) Die Lehrerschaft sei überdies einer Regulierung ihrer Gehalte auch würdig, denn ihre Bildung sei eine ganz andere, als dies vor Jahren der Fall gewesen sei. Den schönsten Beweis für die Fähigkeit der Lehrerschaft habe die heuer in Laibach veranstaltete Lehrmittelausstellung erbracht. — Die Forderung der krainischen Lehrerschaft nach der Regulierung ihrer Dienstbezüge sei schon alt; Redner müsse da auf die imposante Lehrerversammlung verweisen, die vor einigen Jahren veranstaltet wurde und wo alle Parteien einmütig die Erhöhung der Bezüge forderten. Trotzdem sei die Lehrerschaft noch immer dort, wo sie gewesen sei, und da habe sie denn heuer anlässlich der einberufenen Landeslehrerkonferenz zu dem äußersten Mittel gegriffen und durch ihre Vertreter erklärt, nicht eher an den Beratungen der Landeskonferenz mitwirken zu können, als die Gehalte aufgebessert würden. — Bezüglich der Art und Weise der Regulierung gehen die Meinungen auseinander. Die Lehrerschaft selbst habe drei Alternativanträge gestellt; auch das Landespräsidium habe im vorigen Jahre einen Antrag eingebracht, durch dessen Annahme die Lehrerschaft wenigstens in einer Richtung zufriedengestellt worden wäre. Es sei gewiß am besten und weisesten, die Regulierung so durchzuführen, daß die Lehrerschaft nicht mehr mit Petitionen an den Landtag heranträte. Am meisten praktisch seien die Gehalte in der Bukovina eingerichtet, wo sie den Bezügen der untersten drei Staatsbeamtenklassen entsprechen. Über den finanziellen Effekt, der aus einer derartigen Regulierung entspränge, wolle Redner heute nicht sprechen; Ziffern wolle er erst dann anführen, wenn der Landtag der Dringlichkeit beigegeben und die Angelegenheit einem eigenen Ausschusse zugewiesen haben werde. Abg. Povše habe sich gelegent-

lich unumwunden für die Aufbesserung der Lehrerbezüge ausgesprochen; auch Abg. Dr. Kref habe letzthin erklärt, die katholisch-nationale Partei sei der Schule freundlich gesinnt. Je mehr die materielle Lage der Lehrerschaft erleichtert würde, desto mehr würde das Volksschulwesen gehoben werden. Also setzen Sie sich mit uns zusammen an einen Tisch, von dem aus unserer Lehrerschaft eine schönere Sonne aufgehen möge! (Beifall.)

Abg. Dr. Sustersic erklärt, die katholisch-nationale Partei werde für die Dringlichkeit des Antrages stimmen. (Beifall im Zentrum und auf der Galerie.) Freilich aber müsse man sich bewußt sein, daß bei der Erledigung dieser Frage verschiedene Interessen in Einklang zu bringen seien. Die finanzielle Frage werde am meisten in Betracht kommen. Seine Partei habe in erster Reihe die Interessen der Landbevölkerung zu schützen. Diese seien nicht nur materieller, sondern auch ideeller Natur und können am besten gewahrt werden, wenn dem Lande die besten Lehrer gegeben, und diese erhalte man, wenn man sie entsprechend entlohne. (Beifall.) Allein dem Landtage seien enge Grenzen gesetzt und er werde voraussichtlich am 18. d. M. zum letztenmale zusammenzutreten. Mit Rücksicht darauf, daß wenigstens etwas getan werden müsse und andererseits vorläufig kein Provisorium geschaffen werden könne, wäre Redner für Teuerungszulagen, für deren Auszahlung der Landesausschuß sofort zu ermächtigen wäre. Hierbei wären insbesondere die verheirateten Lehrer zu berücksichtigen. Der finanzielle Effekt dürste 40.000 bis 50.000 K betragen; für diese Aktion seien die Kassa bestände ausreißend.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärt Abg. Dr. Sustersic, das krainische Volksschulwesen müsse überhaupt gründlich reorganisiert werden, wobei mit dem k. k. Landesschulrate der Anfang zu machen wäre. Das Land trage alle Lasten für das Volksschulwesen, die Staatsverwaltung aber habe die Herrschaft in dieser Körperschaft an sich gerissen. Der Landesschulrat müsse demokratisiert werden; Vertreter des Volkes sowie der Lehrerschaft müssen darin das entscheidende Wort zu reden haben. Das gleiche gelte von den Bezirkschulräten. Aber auch an eine brennende Wunde der Lehrerschaft müsse Hand gelegt werden: an die geheime Qualifikation, die so oft über das Wohl und Weh einer ganzen Lehrerfamilie entscheide, ohne daß der Lehrer dagegen Stellung nehmen könne. (Lebhafte Zustimmung.) In der Qualifikationstabelle können ganz gut Verwechslungen unterlaufen. Bei jeder Kompetenz sollte der betreffenden Lehrperson Einsicht in die Qualifikation gestattet sein, damit der Bewerber dagegen allenfalls Einsprache erheben könnte.

Abg. Dr. Sustersic befaßt sich eingehend mit der Pensionierung des Bürgerschuldirektors Lapajne sowie mit einem Falle, wo ein Lehrer auf Grund von unrichtigen Angaben in der Qualifikationstabelle nicht zum Oberlehrer an einer zweifklassigen Volksschule ernannt worden sei. Aus diesen sowie aus zahlreichen sonstigen Fällen gehe die Notwendigkeit hervor, die geheime Qualifikation abzuschaffen, dafür aber eine Dienstespragmatik einzuführen. Was helfen die schönsten Gehalte, wenn der Lehrer rechtlos sei? (Beifall.)

Abg. Dr. Kref wünscht eine Aufbesserung der Bezüge auch für die sogenannten „Unterlehrer“ sowie die Feststellung der Frage, von welchem Zeitpunkt an für diese Lehrkräfte die Quinquennalzulagen Geltung haben. Es gebe Fälle, wo einigen solchen Unterlehrern größere Quinquennalzulagen bewilligt worden seien, die sie nun zurückzahlen müssen.

Abg. Sribar begrüßt es mit Freuden, daß der Dringlichkeitsantrag ein so angenehmes Echo gefunden habe. Die beantragten Teuerungszulagen aber seien zu klein; auch könne er dem Abg. Dr. Sustersic in dem Punkte nicht beipflichten, daß solche nur den verheirateten Lehrern bewilligt würden. Dies würde für die unverheirateten gewissermaßen ein Fingerzeig sein, auch zu heiraten. (Geisterkeit.) Im übrigen erklärt sich Abg. Sribar mit den Ausführungen sowohl des Abg. Dr. Sustersic als mit jenen des Abg. Doktor Kref einverstanden und bezeichnet zum Schlusse die geheime Qualifikation als für die Lehrerschaft unwürdig. (Beifall bei beiden slovenischen Parteien.)

Die Dringlichkeit sowie der zweite Teil des Antrages, die Angelegenheit einem zwölfgliedrigen Ausschusse zu überweisen, wird einstimmig angenommen. (Beifall auf der Galerie.)

(Schluß folgt.)

(Ausstellung österreichischer Hausindustrie und Volkskunst in Wien.) An dieser vom k. k. österr. Museum für Kunst und Industrie veranstalteten Ausstellung beteiligt sich das Landesmuseum in Laibach mit einer großen An-

zahl verschiedenartiger Stickereien der letzten drei Jahrhunderte und mit einer Kollektion anderer Artikel (Pfeifen, Rämme), die von den krainischen Landeuten angefertigt werden. Musealkustos Doktor Walter Schmid hat bei 30 Stück bemalte Stimbretter der krainischen Bienenstöcke ausgestellt. Die Ausstellung wurde heute von Seiner Excellenz dem Minister für Kultus und Unterricht, Baron Bienerth, eröffnet.

(Personalnachrichten.) Herr Ingenieur J. Segga, Maschinenkommissär beim Betriebsinspektorat der Südbahn in Triest, wurde zum Vorstande des Heizhauses in Bruck an der Mur ernannt. Herr Ingenieur Jovan Gjurič, Maschinenadjunkt des Heizhauses in Laibach, wurde zum Betriebsinspektorat in Wien versetzt. An seine Stelle kommt Herr Ingenieur J. Seserko, Maschinenadjunkt des Heizhauses in Graz.

(Sanitäts-Wochenbericht.) In der Zeit vom 29. Oktober bis 4. November kamen in Laibach 14 Kinder zur Welt (19,35 pro Mille), darunter zwei Totgeburten, dagegen starben 20 Personen (27,71 pro Mille), und zwar an Diphtheritis 1, an Tuberkulose 5, an Entzündung der Atmungsorgane 1, infolge Schlagflusses 2, infolge Unfalles 2, an sonstigen Krankheiten 9 Personen. Unter den Verstorbenen befanden sich 9 Ortsfremde (45%) und 14 Personen aus Anstalten (70%). Infektionserkrankungen wurden gemeldet: Diphtheritis 4.

(Kahnüberfuhr über die Save bei Krefnjah.) Die k. k. Landesregierung hat den Besitzer Ferdinand Smrekar in Unterfischern die Bewilligung zum Betriebe einer bemaunten Kahnüberfuhr über die Save zwischen Unterfischern und Krefnjah auf die Dauer von fünf Jahren erteilt.

(Vorträge der Grazer Universität in Laibach.) Herr Professor Dr. Hans von Zwiadinek-Südenhorst hielt vorgestern in bekannter klarer, lichtvoller und fesselnder Weise einen Vortrag über die Antagonisten der großen französischen Revolution: Danton und Robespierre, der sich bei dem Riesenstoffe natürlich nur in knappen Rahmen bewegen konnte und sein Schwerkraft auf die Charakterisierung des Doktrinärs Robespierre, der im Sinne Rousseaus einen Tugendstaat gründen wollte, und des Epikuräers Danton, der die Bewegung inszenierte, um zu Macht und zu Gemüß zu gelangen, legte, dabei von der richtigen Voraussetzung ausgehend, daß nicht die Gefinnung, sondern die Tat die Politik macht. Der Vortrag begann mit einem interessanten Hinweis auf Robert Hamerlings Tragödie „Danton und Robespierre“, die zur Feier der Enthüllung des Hamerling-Denkmal in Graz im Jahre 1904 aufgeführt wurde. Herr Professor von Zwiadinek sucht die Ursache, welche bewirkte, daß die Dichtung trotz einer vortrefflichen Aufführung das Publikum kalt ließ, in dem Mangel der Voraussetzung eines tragischen Konfliktes. Wir schließen uns hiebei auch der Anschauung Hermann Rienzls an, der in seiner Besprechung der Tragödie richtig bemerkt, daß sich Hamerling zu dem Theorem verhalten ließ, daß der Dichter auf dem gleichen Wege wie der Gelehrte zur Quelle der geschichtlichen Wahrheit gelangen müsse. Wir wollen aber nicht die „geschichtliche Wahrheit“ im Drama, wir wollen die menschliche, gleichviel ob sie in den Büchern der Geschichte gefunden oder im ringsumwallenden Leben erschaut wurde.

(Leichenfund.) Vorgestern nachmittags wurde auf dem Moraste, etwa 200 Schritte von der Zizicabrücke entfernt, eine männliche Leiche in dem mit Wasser gefüllten Straßengraben aufgefunden. Der Tote ist gegen 40 Jahre alt, großer Statur, hat braune Haare und solchen Bart; er war mit einer braunen Hose, einem schwarzen Rock bekleidet und trug einen schwarzen weichen Hut. Neben der Leiche wurde eine kleine, halb mit Branntwein gefüllte Flasche, nebst einem Rosenfranze und 92 h Geld gefunden. Die sofort an Ort und Stelle erschienene polizeiliche Kommission ließ den Leichnam in die Totenkammer überführen. Der Unbekannte dürfte sich im Rausche verirrt und so den Tod im Straßengraben gefunden haben.

(Zur Volksbewegung in Krain.) Im politischen Bezirke Umgebung Laibach (59.828 Einwohner) fanden im dritten Quartale des laufenden Jahres 58 Trauungen statt. Die Zahl der Geborenen belief sich auf 646, jene der Verstorbenen auf 475, darunter Kinder im Alter von der Geburt bis zu 5 Jahren 275, von 5 bis zu 15 Jahren 19, von 15 bis zu 30 Jahren 24, von 30 bis zu 50 Jahren 43, von 50 bis zu 70 Jahren 63, über 70 Jahre 51. An angeborener Lebensschwäche starben 23, an Tuberkulose 79, an Lungenentzündung 11, an Diphtherie 12, an Keuchhusten 1, an Scharlach 2, an Mleotyphus 7, an Cholera infantum 81, an Cholera nostras 1 und an anderen verschiedenen Krankheiten 258 Personen.

(Das längst erwartete Gemeindelexikon von Krain) gelangt jetzt zur Ausgabe. Es kostet broschiert 10 K, gebunden 12 K und wird gleichzeitig in deutscher und auch in slovenischer Sprache erscheinen. Vormerkungen zur sofortigen Lieferung nach Erscheinen werden in Laibach von Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg's Buchhandlung entgegen genommen.

(Verein der Ärzte in Krain.) Die nächste ordentliche Monatsversammlung findet morgen um 3/5 Uhr nachmittags im Hotel „Union“ statt. Rendezvous im Café „Union“. — Tagesordnung: 1.) Besichtigung der hygienischen Einrichtungen des Hotels „Union“. 2.) Eventualia.

(Eine Martinifeier) wird Sonntag im Vereinssaale des hiesigen katholischen Gesellenvereines stattfinden. Auf dem Programm befinden sich drei Männerchöre, eine Solonummer sowie ein Couplet, ferner das Volksstück „Čarostrelec“, schließlich eine freie Unterhaltung. Anfang 6 Uhr abends, Eintrittsgebühr 50 h.

(Tödlischer Sturz.) Am 2. d. M. abends begab sich der 54 Jahre alte Reuschler Georg Kovtar aus Gorice, Gerichtsbezirk Krainburg, in stark angeheitertem Zustande auf den Stallboden des Besitzers Josef Rakovec, um im Stau zu übernachten. Dort stürzte er auf den sogenannten Trichter, wobei er sich erschlug.

(Auflassung der Touristenherberge in Leskova Dolina am Krainer Schneeberge.) Das fürstliche Forst- und Verwaltungsamt Schneeberg hat der Sektion Küstenland des Deutschen und Österreichischen Alpenvereines die bis dahin von ihr als Kotherberge benützten Lokale im Forsthause zu Leskova Dolina gekündigt. Es befindet sich somit derzeit im Gebiete des Krainer Schneeberges keine Herberge mehr, worauf die Herren Touristen aufmerksam gemacht werden, damit sie keine Enttäuschung erleben, die um so unangenehmer wäre, als jetzt nach Mitteilung dieses Forst- und Verwaltungsamtes alle dortigen Forsthäuser so besetzt sind, daß selbst einzelne Personen schwer Unterkunft finden würden.

(Lokalverhandlung.) Über Einschreiten der Trifailer Kohlegewerkschaft, Werksdirektion Sagor, um Bewilligung zur Herstellung eines Pumpenhäuschens und eines Reservoirs zur Wasserbeschaffung für das Krjovec-Bergrevier findet der kommissionelle Lokalaugenschein am 15. d. M. um 8 Uhr vormittags an Ort und Stelle statt.

(Die Laibacher Vereinskappelle) veranstaltet heute ein Mitgliederkonzert im Hotel „Nirija“. Anfang um 8 Uhr abends, Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder 40 h.

Theater, Kunst und Literatur.

(Deutsche Bühne.) Die Unwahrheit der Poffe ist ehrlich; sie sagt: „Folge mir, ich will dich unterhalten“, weiter nichts. Man darf daher an diese mit derberen Hilfsmitteln arbeitende leichte Kunstgattung nicht den Maßstab der Wahrscheinlichkeit legen: derlei will ohne Bedenken rasch genommen und genossen werden. Die gestern aufgeführte Poffenobit „Der Strohwitwer“ von Julius Horst und Emil Norini stellt keine anderen Ansprüche an das Publikum; vielleicht ist sie etwas verfrüht gekommen, da ihre eigentliche Bestimmung wahrscheinlich als Faschingsstück voll tollen Übermutz, wobei auch ein gewisses Glöcklein verschämt sein Geflingel ertönen läßt, gedacht war. Es dürfte genügen, wenn wir andeuten, daß Herr Siegel als fiesches Kammerkätzchen durch volle Akte den Männern die Köpfe verdreht und hinreichend Cafe-Walk tanzt, schließlich sogar Frau Urban in Männerkleidern erscheint. Es herrscht überhaupt ein tolles Durcheinander in der Poffe, das wird auch viel mit alten Poffenrequisiten gearbeitet, aber das Publikum lachte viel und herzlich und nahm das lustige Stück sorglos und freundlich auf. Die hübsche, einschmeichelnde, auch pikant instrumentig über das Niveau der Poffe und gibt ihr in den Ensembles und Finales, den anoperettenhaften Anstrich, der ihr nur zum Vorteil gereicht. Herr Kapellmeister Bertoni arbeitete den musikalischen Teil geschickt und mit Eifer heraus und dirigierte ihn mit Temperament. Die Darstellung Siegel, Fischer, Kurt sowie die Damen Urban und Schloßer eine Heiterkeit, die Zuhörer und Mitwirkende fortrifft. Die gelungenen Gesangs- und Coupletvorträge der genannten Herren fanden vielen Anwalt und Beifall. Um die Regie machte sich Herr Mahr verdient. Im Fasching wird die tolle Komödie immerhin wieder ihre Wirkung erzielen. — Das Theater war mäßig gut besucht. J.

(Der kroatische Gesangverein „Solo“ aus Agram) veranstaltet Samstag, den 11. d. M., im großen Saale des „Narodni Dom“ unter Leitung der Herren Professoren Nikola von Jaller und Vilko Novak ein Konzert mit folgendem Programm: 1.) Ivan von Zajc: Dizi se iz sna, heroischer Männerchor. 2. a) Bekoslav Ruzič: Njene oči; b) Josip Hajec: Da sam bogat, gesungen von Herrn Professor Ernst Ritter von Cammarota. 3. a) Graboslav Bolarič: Lahko noč, b) Dr. Gustav Zpavec: Oblaček, lyrische Männerchöre. 4.) Vilko Novak: Gorski kraj, lyrischer Männerchor mit Tenor-Solo des Herrn Prof. E. Ritters von Cammarota. 5.) Vilko Novak: Ah tamo! lyrischer Männerchor mit Bariton-Solo des Herrn Dr. Milorad Straznicki. 6. a) G. Puccini: Szene aus der Oper „Bohème“; b) Massenet: Arie aus der Oper „Werther“, vortragen von Herrn Prof. E. Ritter von Cammarota. 7. a) Gjuro Eisenhutj: Kroz noč, b) Bekoslav Ruzič: San, lyrische Männerchöre. 8.) Vilko Novak: Hrvatom, heroischer Männerchor. — Anfang 8 Uhr abends. Die Eintrittskarten sind in der Handlung des Herrn J. Lozar am Rathausplatz und am Abend des Konzertes an der Kassa zu haben. — Nach dem Konzerte findet eine Zusammenkunft im großen Saale des „Narodni Dom“ statt.

Geschäftszeitung.

(Einschränkung des Güterverkehrs nach Triest.) Wegen außergewöhnlich starken Güterandranges in Triest dürfen vom 8. d. M. angefangen Güter für Triest Südbahn, Triest k. k. Staatsbahn, Triest Freihafen, Bahn-Magazine in Triest Freihafen, Südbahn und Staatsbahn nur nach Maßgabe des § 55 des Betrieb-Reglements angenommen werden. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind: Gilgüter, lebende Tiere, leichtverderbliche Frachtgüter, endlich Zucker für Triest Freihafen, Südbahn und k. k. Staatsbahn. Bereits aufgenommene Sendungen und Unterwegsgüter können abrollen.

(Viehmarkt in Laibach.) Auf den gestrigen Viehmarkt wurden 604 Pferde und Ochsen, 407 Kühe und Kälber, zusammen daher 1011 Stück, aufgetrieben. Der Handel gestaltete sich gut.

Telegramme

des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus. Rußland.

Petersburg, 8. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Regierungskommuniké verurteilt die Versuche der Blätter, aus Anlaß der Unruhen die Autorität der Militärbrigade zu erschüttern und hebt hervor, daß in der allgemeinen Beurteilung der Tätigkeit der Truppen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den höchsten Militär- und Zivilverwaltungen beständen. Auch die Mehrheit der Gesellschaft werde bei ruhiger und unparteiischer Beurteilung die Verdienste der Truppen bei Beruhigung des Landes anerkennen.

Petersburg, 8. November. Aus dem Innern des Landes eingetroffene Depeschen melden, daß im Reiche Ruhe eingetreten sei. Versuche, Plünderungen und Unruhen in verschiedenen Gegenden hervorgerufen, werden sofort durch energische Maßnahmen unterdrückt. Die Stadtvertretungen von Moskau und Odessa richteten einen Aufruf an die Bevölkerung, die Gewalttätigkeiten einzustellen. In einigen Städten des südlichen Rußland organisierten sich besondere Komitees zur Verbreitung friedlicher Gesinnungen, die es sich zum Ziele gesetzt haben, Christen und Juden zu versöhnen.

Petersburg, 9. November. In den meisten Städten ist das normale Leben wiedergekehrt.

Wien, 8. November. Im Betrugsprozesse Lauffig bejahten sechs Geschworene die Frage auf Betrug und sechs Geschworene verneinten die Frage, mit dem Zusatz, daß der Schaden 30.000 K nicht übersteige, worauf Lauffig freigesprochen wurde.

London, 8. November. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Unter der mehr als eine Million zählenden ländlichen Bevölkerung der Bezirke Aki-shima, Majagi und Swate im Osten Nipons herrscht Hungerznot.

Angekommene Fremde.

Hotel Elefant.

Mally, Bürgermeister, Neumarkt. — Miller, Lehrer, Staden. — Zeitlinger, Werkleiter, f. Fran, Ströling. — Oltani, Malta, Private; Bilpel, Kfm., Triest. — Adler, Kfm., Eppel. — Eppinger, Kfm., Kanizza. — Ghj, Kfm., Berlin. — Furlan, Kfm., Görz. — Treimann, Elster, Pollak, Sgalitzer, Deutsch, Donnebaum, Bernstein, Braunstein, Elger, Kohn, Buschinyag, Babucovich, Tauber, v. Turbini, Schwarz, Bohringer, Scharipa, Bat, Feltz, Mohr, Wohlsmuth, Raß, Gentel, Vipotnic, Weiß, Pohlmann, Kste., Wien.

Grand Hotel Union.

Mandel, Private, Berlin. — Starčević, Private, Gospić. — Stajinski, Pfarrer, Planina. — Finžgar, Grundbesitzer, Mariabist. — Djenadić, Pfarrer, Schwarzenberg. — Weiß, Kfm., Budapest. — Globelini, Pfarrer, Polžnik. — Buchel, Bürgermeister, Tschernembl. — Rossmann, Kfm., Brunn. — Snjezda, Pfarrer, Bojsko. — Sežnita, Grundbesitzer, Gerpelje. — Kalan, Pfarrer, Zapoge. — Gesselberger, Kfm., Augsburg. — Bobboj, Privat, f. Familie, Reifnis. — Fridnič, Kfm., Pettau. — Rosman, Kfm., Cilli. — Traven, Pfarrer, Sodraschitz. — Dr. Benkovič, Advokat, Rann. — Mosit, Kfm., Berlin. — Medvedic, Lehrer, Voljun. — Baumann, Kfm., Graz. — Czajny, Händler, Waldel, Zellinek, Hann, Kste., Wien.

Verstorbene.

Am 7. November. Marianna Wolf, Inwohnerin, 84 J., Polanastraße 20, Marasmus. — R. N., unbekannter Mann, bei 40 Jahre alt, wurde in einem Graben nächst der Fischbrücke ertrunken aufgefunden.

Landestheater in Laibach.

23. Vorstellung. Ungerader Tag. Donnerstag, den 9. November. Gastspiel Dr. Rudolf Throlt. Gebildete Menschen. Volksstück in drei Akten von Viktor Leon. Anfang halb 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Lottoziehung am 8. November 1905.

Brünn: 89 83 38 82 41

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Seeshöhe 306.2 m. Mittl. Luftdruck 736.0 mm.

Table with 7 columns: Monat, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimeter auf 0° C. reduziert, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Ansicht des Himmels, Niederschlag binnen 24 St. in Millimeter. Rows for 8. and 9. November.

Das Tagesmittel der gestrigen Temperatur 7.3°, Normal 5.4°.

Verantwortlicher Redakteur: Anton Funke l.

Advertisement for 'Schweizer Seide!' (Swiss Silk) with details on prices and quality.

Advertisement for 'Kalodont' toothpaste, featuring the brand name in a stylized font.

Sirweis. (4563) Unserer heutigen Nummer (Gesamtauflage) liegt ein Prospekt über die neue Substription der „Nataly von Sibirischen Kunst. Romane und Novellen“ bei und machen unsere B. L. Leser darauf besonders aufmerksam!

Large advertisement for 'Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens' (Association of Visual Artists of Vienna) and an art exhibition at the Casino Laibach.

Kurse an der Wiener Börse vom 8. November 1905.

Nach dem offiziellen Kursblatt.

Die notierten Kurse verstehen sich in Kronenwahrung. Die Notierung samtlicher Aktien und der "Diversen Lose" versteht sich per Stuck.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market prices. Includes sections for Staatsanleihe, Eisenbahn-Anleihe, and Aktien.

Advertisement for J. C. Mayer Bank und Wechsel-Geschaft, featuring services like Ein- und Verkauf, Privat-Depots, and Wechsel-Versicherung.

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 257. Donnerstag den 9. November 1905.

Section 1: Kundmachung regarding student admissions and examinations for the year 1905/06, detailing requirements and procedures.

Section 2: Studienabteilung beschrankten Thomas Erbach'schen Studentenstiftung, detailing the rules and conditions for students at the Thomas Erbach school.

Section 3: Zum Genusse sind berufen, listing names of students and their families who are eligible for certain benefits or positions.

Section 4: Die Stiftung kann in der 6., 7. und 8. Gymnasialklasse und sodann nur in der Theologie genossen werden, detailing the rules for the presentation of students to the gymnasium.